



Klare Strukturen – starke Stimme: Jahresbericht der GL SP Uri 2024/25

Juni 2025

Im Geschäftsjahr 2024/25 hat die Geschäftsleitung der SP Uri eine interne Reorganisation umgesetzt und die GL-Struktur neu ausgerichtet. Dies ermöglichte klare Zuständigkeiten und eine effizientere Zusammenarbeit – etwa beim erfolgreichen Einsatz gegen das Sozialhilfegesetz. Die SP Uri beteiligte sich aktiv an mehreren kantonalen Abstimmungen und setzte klare inhaltliche Akzente. Gleichzeitig wurden neue Formate zur Basisaktivierung lanciert und gut besucht. Mit dem neuen Positionspapier ist die SP Uri auch für kommende politische Herausforderungen gut aufgestellt.

GL-Reorganisation

Im Juni 2024 wurde die Geschäftsleitung neu besetzt. Bereits im Juli traf sich das neue Team zu einem ganztägigen Workshop im «Löwen», um die Zusammenarbeit, Ausrichtung und Aufgabenverteilung zu klären. Daraus entstand eine neue GL-Struktur, die am ausserordentlichen Parteitag im Winter vorgestellt wurde. Die Reorganisation führte zu klaren Verantwortlichkeiten und effizienteren Abläufen. Ein Beispiel dafür war der Wahlkampf gegen das Sozialhilfegesetz – eine erfolgreiche Kampagne in enger Abstimmung mit den Landratsvertreter:innen, die auch ausserkantonale Beachtung fanden.

Aktuell arbeitet die GL mit einem gestrafften Positionspapier, das auf Mitgliederumfragen, Inputs aus

dem Roten Stern und der Wahlplattform basiert. Es dient als Grundlage für die politische Arbeit der kommenden Jahre. Die GL bedankt sich für das Vertrauen und freut sich auf die nächsten Herausforderungen.

Basisarbeit

Ein zentrales Ziel der GL ist die Stärkung der Parteibasis. Im letzten Jahr wurden durch das Format *Roter Stern* mehrere neue und bestehende Veranstaltungsreihen umgesetzt, darunter «Polit-Palaver», «Was machen die da oben eigentlich...?», das «Mandatsträger:innentreffen» und «Wanderung mit...». Diese Anlässe waren mit jeweils 15–25 Teilnehmenden gut besucht – auch von Mitgliedern, die sonst noch wenig an Anlässen teilgenommen haben. Die Aktivierung der Basis bleibt ein zentrales Anliegen. Die GL dankt dem Roten Stern und allen Mitorganisator:innen für das grosse Engagement.

Landrat & Kommissionen

Die Zusammenarbeit zwischen GL, Landrat und Kommissionen wurde intensiviert. An jeder GL-Sitzung nimmt mindestens eine Landtagsvertretung teil – das stärkt den Austausch und ermöglicht frühzeitige politische Reaktionen.

Im Frühjahr 2025 organisierte die GL erstmals ein *Mandatsträger:innentreffen* in der SBU mit einem Inputreferat von Claude Longchamp. Der Anlass bot Raum für Vernetzung und Diskussion. Aufgrund der positiven Rückmeldungen wird das Treffen auch 2026 fortgeführt.

Urner Politjahr

Die SP Uri lehnte das Massnahmenpaket 2024 geschlossen ab, da es sozial unausgewogen war und Sparmassnahmen auf Kosten der Schwächsten vorsah. Aus Sicht der Partei ist die Finanzlage des Kantons Uri weniger dramatisch, als von der Regierung dargestellt. Statt kurzfristiger Kürzungen fordert die SP eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Einnahmenseite



und eine Revision der Schuldenbremse, die derzeit eine verantwortungsvolle Verwendung von Bilanzüberschüssen verhindert.

Besonders kritisiert wurden Kürzungen bei Kindern, etwa bei Beiträgen an Ergo- und Physiotherapie, sowie Massnahmen, die dem kantonalen Klimaschutzkonzept widersprechen. Die SP Uri warnt zudem vor einem Investitionsstau, der durch die Verschiebung wichtiger Projekte langfristig teurer und ineffizienter wird. Auch die geplante Steuerstrategie des Kantons wird als mitverantwortlich für die angespannte Lage angesehen – die SP fordert deshalb eine Wiedereinführung der Steuerprogression für hohe Einkommen.

Insgesamt zeigt sich die SP Uri überzeugt, dass es gerechtere und zukunftsfähigere Wege gibt, die Finanzen des Kantons zu stabilisieren – ohne soziale und ökologische Rückschritte.

Wahlen & Abstimmungen

Im politischen Jahr 2024/25 hat sich die SP Uri aktiv in die kantonalen Abstimmungen eingebracht und klare Positionen bezogen. Besonders erfreulich war das deutliche Nein zum Sozialhilfegesetz. Die SP Uri konnte mit einer sachlich fundierten Kampagne viele Stimmberechtigte überzeugen – auch aus dem bürgerlichen Lager. Kritisiert wurden unter anderem die geplante Anrechnung von Vermögensverzicht und die fehlende Rechtskonformität des Gesetzes. Enttäuscht zeigt sich die SP Uri über die Ablehnung des Kinderbetreuungsgesetzes, das sie selbst angestossen hatte. Es hätte eine wichtige Grundlage geschaffen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und Uri als Wohn- und Arbeitsort zu stärken. Die Partei bleibt am Thema dran.

Auch das Expropriationsgesetz wurde entgegen der Parole der SP angenommen. Aus Sicht der SP Uri schafft das Gesetz eine Ungleichbehandlung, da landwirtschaftliches Kulturland bevorzugt behandelt wird. Der Entscheid wird respektiert, die Kritik bleibt bestehen. Die Volksinitiative «Schneehuhn und Schneehase leben lassen» wurde ebenfalls abgelehnt. Die SP Uri bedauert dieses Ergebnis, insbesondere da die Initiative von Gegnern fälschlich als Angriff auf die Jagd dargestellt wurde.

Bei der Initiative «Isleten für alle» sprach sich die SP Uri für Stimmfreigabe aus. Auch wenn die Initiative abgelehnt wurde, bleibt das Thema öffentlich relevant und die nächsten Projektschritte werden von der SP Uri kritisch und aufmerksam weiterverfolgt.

Für die Abstimmungen vom 22. September 2024 hatte die SP Uri klare Positionen bezogen. Sie sagte Ja zur kantonalen Energieverordnung, die aus Sicht der Partei ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltiger Klimaschutz im Kanton Uri gewesen wäre. Umso grösser ist die Enttäuschung über die Ablehnung dieser Vorlage durch die Urner Stimmbevölkerung – aus Sicht der SP Uri wurde damit eine zentrale Chance verpasst. Ebenfalls sprach sich die SP Uri gegen die Teilrevision des Steuergesetzes aus, da sie die Vorlage als unausgewogen und sozial ungerecht eingestuft. Die Annahme der Revision wird daher kritisch bewertet.

Insgesamt blickt die SP Uri auf ein engagiertes Abstimmungsjahr zurück. Während die Ablehnung des Sozialhilfegesetzes als grosser Erfolg gewertet wird, verdeutlicht das Nein zum Kinderbetreuungsgesetz die Notwendigkeit, soziale Themen weiterhin mit Nachdruck zu vertreten.

Jasmin Zurfluh, Co-Leitung

SP Uri

Für alle statt für wenige.

www.sp-uri.ch | info@sp-uri.ch